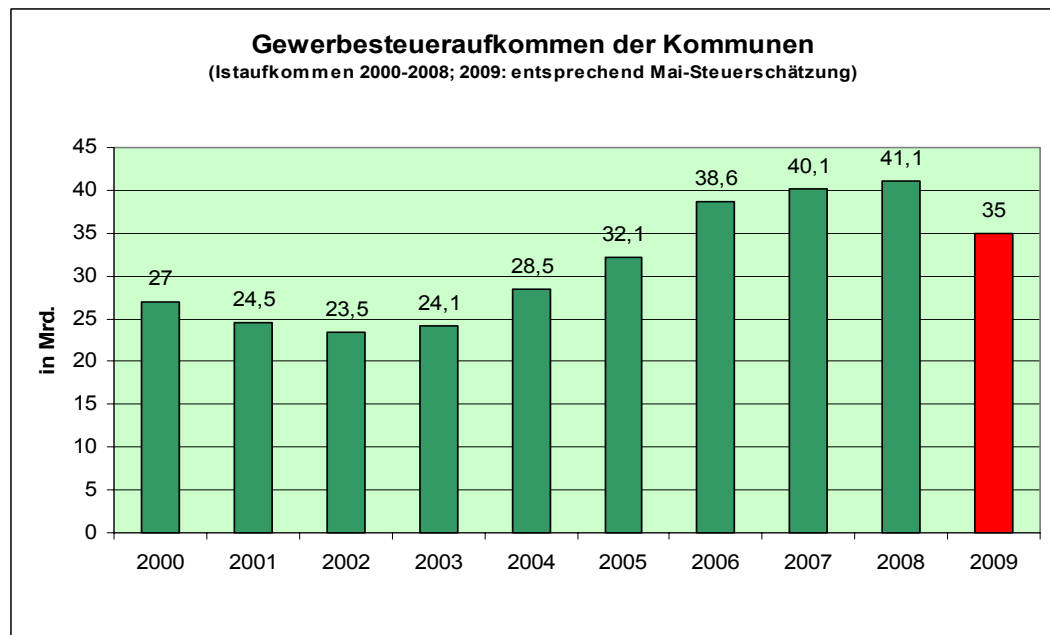


## Kommunen: Krise spitzt Krise zu



Für die Kommunen werden die kommenden Jahre hart wie selten zuvor. Ihre Einnahmen brechen weg, während gleichzeitig – krisenbedingt – die berechtigten Ansprüche der Menschen an ihre Kommunen steigen.

Allein der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen für das Jahr 2008 liegt bei derzeit prognostizierten 15 bis 20 Prozent. Ein Minus von 6 - 8 Milliarden Euro. Die Rezession wird aber auch die kommunalen Einnahmen aus den Bundessteuern schmelzen lassen. Und nicht zuletzt kosten die in den Konjunkturpaketen beschlossenen Steuersenkungen auch die Kommunen viel Geld: in den Jahren 2009 und 2010 werden sie nochmals rund 9,5 Milliarden Euro an Einnahmen verlieren. All das ist schon schlimm genug. Wenn CDU und FDP nun aber noch weitere Steuersenkungen im Umfang von 30 – 100 Milliarden Euro ankündigen und dies in einer Regierungskoalition auch umsetzen könnten, bedeutet das für viele weitere Gemeinden den Ruin.



*Daten von 2000-2008: Statistisches Bundesamt*

Drastisch einbrechenden Einnahmen stehen auf der Ausgabenseite riesige kommunale Herausforderungen gegenüber: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fürchten um ihre Jobs oder sind bereits arbeitslos. Menschen, die auch schon in vermeintlich guten Zeiten überdurchschnittlich von Armut bedroht waren - Alleinerziehende, MigrantInnen, viele Jugendliche, Langzeitarbeitslose - sie alle sind auf funktionierende soziale Sicherungssysteme, auf soziale Infrastruktur, auf eine Förderpolitik und Programme angewiesen, die neben der materiellen Hilfe Teilhabe, Anerkennung und Chancengerechtigkeit unterstützen und herstellen können. Vor dem Hintergrund dieser historischen Krise

sind diese kommunalen Aufgaben gefragt wie selten zuvor – und stehen doch zur Disposition, wenn die Einnahmenseite so drastisch einbricht.



Das sah vor der Finanzkrise anders aus. So konnten sich seit 2004 einige Städte über steigende Gewerbesteuereinnahmen freuen. Alles in allem schienen – jedenfalls im Durchschnitt – die Kommunen auf einem besseren Weg. Dazu beigetragen hat neben einer im Vergleich zu heute geradezu rosigen Konjunktorentwicklung auch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer im Rahmen der Unternehmensteuerreform, was beides zusammen zu spürbar mehr kommunalen Einnahmen führte. Aber wie gesagt: nur für einige Kommunen.

Andere Kommunen mussten trotz der vergleichsweise rosigen Konjunkturentwicklung mit einer immer schwierigeren finanziellen Situation kämpfen – einige Städte operierten schon vor der Krise nur noch mit Nothaushalten. Ein Indiz dafür ist auch der steigende Umfang von Kassenkrediten, mit denen Kommunen ihren laufenden Haushalt finanzieren müssen. Dieser hat sich zwischen den Jahren 2003 und 2008 auf rund 31,6 Milliarden Euro nahezu verdoppelt. So kamen beispielsweise von den 396 Gemeinden und kreisfreien Städten in NRW nur etwas mehr als die Hälfte – nämlich 214 – ohne Kassenkredite aus. Jede fünfte Kommune arbeitet dort ohne rechtsgültigen Haushalt. Das war noch vor der globalen Finanzkrise.

Heute stecken wir mitten in einer Krise, deren Ausmaß auf allen Ebenen von ungeheurer und bislang nicht gekannter Wirkung sein wird. Es gibt dramatische Einbrüche in die Wirtschaftskraft, in die Auftragslage von Unternehmen und in deren Umsätze. Und viele Kommunen sind noch nicht einmal in der Lage, die Investitionshilfen des Bundes und der Länder aus dem Konjunkturpaket II in Anspruch zu nehmen – sie sind zu schlicht zu arm.

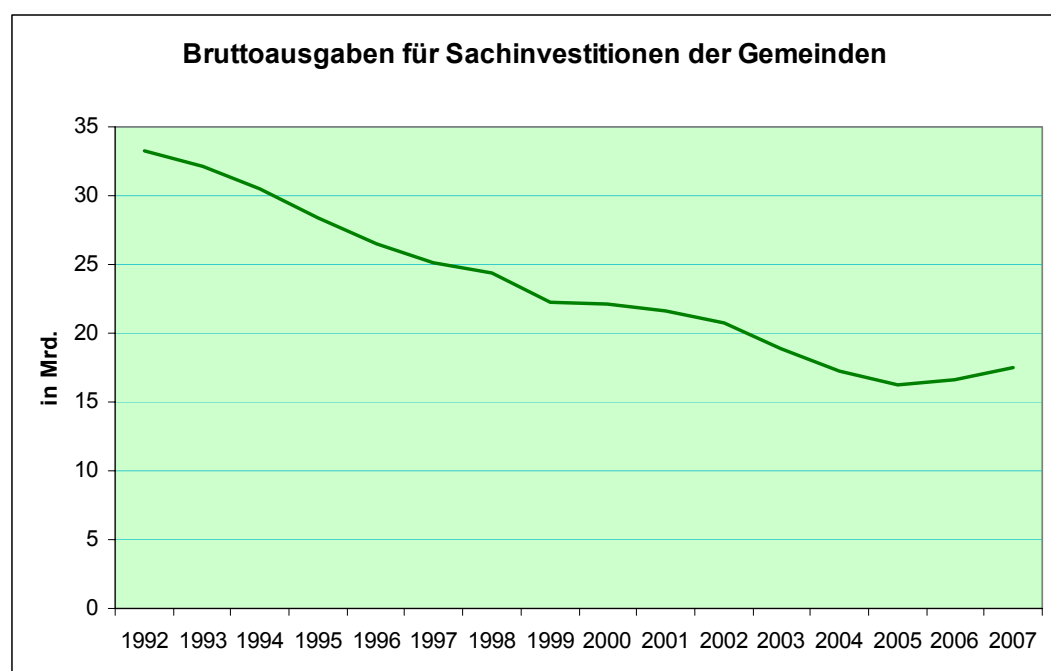


Das ist nicht akzeptabel. Schließlich sollen die Investitionshilfen in erster Linie den armen Kommunen zugute kommen. Denn hier wird die öffentliche Infrastruktur bereits seit Jahren vernachlässigt oder ganz weggelassen. So gibt es dringenden Handlungsbedarf in den Ländern: Der kommunale Eigenanteil – also das Geld, das auch die ärmste Kommune beisteuern muss, um überhaupt an die Bundeshilfen zu kommen – muss für finanzschwache Kommunen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.

Wenn wir aber nicht grundsätzlich die Einnahmen des Staates und der Kommunen steigern, dann werden wir in 10 Jahren vor noch maroderen Schulen und Krankenhäusern, vor noch weniger Förderung von Kindern und Jugendlichen, vor noch viel weniger Chancengerechtigkeit... stehen. – Es muss also um eine Anhebung der Spitzensteuersätze, höhere Steuern auf Kapitalerträge, Vermögen und Erbschaften und eine Börsenumsatz- respektive eine Finanztransaktionssteuer gehen. Für die Kommunen ist eine deutliche, weitere Revitalisierung der Gewerbesteuer in Richtung einer Gemeindegewerbesteuer notwendig.

Die im Juni 2009 von Bundesrat und Bundestag beschlossene Schuldenbremse wird im Übrigen dazu führen, dass die Länder, weil sie ab 2020 keinerlei Kredite mehr aufnehmen dürfen, zur Konsolidierung ihrer Haushalte den kommunalen Finanzausgleich zusammenstreichen werden. So werden sie noch zusätzlichen Druck auf die Einnahmenseite der Kommunen erzeugen. Die Polarisierung der Kommunen in Arme und weniger Arme wird noch weiter zunehmen. Auf diese Weise wird eine politische Dummheit – die sogenannte Schuldenbremse – zu einer beispiellosen kommunalen Schuldenfalle werden. Es führt kein Weg daran vorbei: die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse – sie muss weg.

Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren die Folgen dauernder Haushaltskonsolidierungszwänge in den Kommunen bereits deutlich gespürt, denn Milliardeninvestitionen in Schulen, Kindertagesstätten, Kanalisation, Straßen etc. sind unterlassen worden. Das DIFU errechnete unlängst einen Investitionsstau in Höhe von 704 Milliarden Euro. Dies ist eine Folge der dramatischen Einsparungen in den letzten Jahren. So wurden die Bruttoausgaben für Sachinvestitionen in den Kommunen zwischen 1992 und 2005 nahezu halbiert – auf nur noch rund 16 Milliarden Euro.



*Daten: Statistisches Bundesamt*

So muss es – neben einer sinnvollen Entschuldungsstrategie für die Kommunen – darum gehen, den Investitionsstau dauerhaft und ökologisch und sozial verträglich zu beheben. Es muss darum gehen, die kommunalen Investitionen – auch in die Köpfe – mit deutlich mehr Geld und vor allem dauerhaft zu finanzieren. Nur so wird unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen auch tatsächlich wahrgenommen. Dies ist Maßstab für jede künftige Regierung.